



Mittelstand verliert Vertrauen in Bundesregierung

Michael Fiedler

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung wächst im deutschen Mittelstand deutlich. Laut einer aktuellen BarmeniaGothaer-Studie bewerten inzwischen 63 Prozent der befragten Unternehmen die Regierungsarbeit negativ. Vor einem Jahr waren es noch 47 Prozent. Besonders beim Bürokratieabbau sehen die Betriebe weiterhin erheblichen Handlungsbedarf.

Nur 28 Prozent glauben an gute Standortperspektiven

Die kritische Haltung gegenüber der Bundesregierung zeigt sich auch bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands. Lediglich 28 Prozent der befragten Unternehmen bewerten die Zukunftsaussichten des Wirtschaftsstandorts als außerordentlich oder eher gut. Dagegen rechnen 37 Prozent mit einer eher schlechten oder sehr schlechten Entwicklung. Weitere 35 Prozent äußern sich neutral. Die Frage nach den Standortperspektiven wurde im KMU-Stimmungsbarometer erstmals erhoben. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist deshalb nicht möglich. Für Bischof hängt die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend von verlässlichen Rahmenbedingungen ab. Unternehmen, die investieren, wachsen und ihre Geschäftsmodelle verändern sollen, benötigen vor allem Planungssicherheit und schnellere Verfahren.

Bürokratieabbau bleibt Forderung Nummer eins

Bei den wirtschaftspolitischen Erwartungen zeigt sich trotz wachsender Unzufriedenheit wenig Bewegung. Der Abbau von Bürokratie und regulatorischen Hürden bleibt die wichtigste Forderung des Mittelstands. 63 Prozent der befragten Unternehmen wünschen sich in diesem Bereich mehr Unterstützung. [Gegenüber dem Vorjahr](#) entspricht das einem Rückgang um fünf Prozentpunkte. Auf den weiteren Plätzen folgen eine Energiepreisbremse mit 46 Prozent und niedrigere Unternehmenssteuern mit 44 Prozent. Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung fordern 41 Prozent der Befragten. Maßnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität Deutschlands nennen 40 Prozent. Auffällig ist, dass sämtliche genannten Forderungen gegenüber dem Vorjahr leicht an Bedeutung verloren haben. An der grundsätzlichen Rangfolge der wirtschaftspolitischen Prioritäten ändert das jedoch wenig. „Die Unzufriedenheit steigt deutlich, die Forderungen bleiben dieselben. Die Unternehmen erwarten nichts Neues, sondern dass das Bekannte endlich umgesetzt wird“, fasst Bischof die Ergebnisse zusammen.

Mehr als 500 Unternehmen befragt

Für das KMU-Stimmungsbarometer befragte die BarmeniaGothaer gemeinsam mit der HEUTE UND MORGEN GmbH vom 1. bis 15. September 2026 insgesamt 529 Versicherungsentscheider und Mitentscheider aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die Erhebung wurde nach Mitarbeiterzahl und Branche quotiert. Die Ergebnisse spiegeln damit die Einschätzungen der befragten Verantwortlichen im deutschen Mittelstand wider.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952381/Mittelstand-verliert-Vertrauen-in-Bundesregierung/>